

Gastbeitrag zur Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Credit Suisse, die letzte Woche gestartet ist

Typisch schweizerische PUK – gut so!

Haben Sie es bemerkt? Wohl kaum, denn die Medien haben – wenn überhaupt – nur am Rand berichtet: Letzte Woche nahm die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur «Untersuchung der Geschäftsführung der Bundesbehörden im Fall Credit Suisse» – und hoffentlich auch: UBS – ihre Arbeit auf. Dem Interesse kaum förderlich scheint, dass das Präsidium bei einer medial wenig präsenten Politikerin der «Mitte» aus dem Welschland liegt, die vor den Medien zwei Aspekte betont hat: das Kommissionsgeheimnis der PUK sowie die Schweigepflicht der 14 PUK-Mitglieder.

Daher wird mit der Freiburger Ständerätin Isabelle Chassot als Präsidentin geradezu institutionell sichergestellt, dass die künftige Arbeit der PUK still, gelassen und diskret und – sorry – vermutlich etwas langweilig, abgewickelt werden dürfte. Anders noch der Hype vor einigen Wochen: «Gibt es eine PUK?», «Wer wird Mitglied?», «Wird der PUK-Präsident ein künftiger Bundesrat?» Die Medien sowie die Politik freute es, doch mit Arbeitsbeginn der PUK wird deren Arbeit wieder typisch schweizerisch: seriös.

Persönlich stört mich dies nicht, im Gegenteil. Die Verhältnisse in den USA mit öffentlichen «Hearings» würden der Grundmentalität unseres Landes und dem aktuellen schweizerischen Recht widersprechen. Bei der PUK geht es nicht um die fusionierten Bankkonzerne, sondern um die behördlichen Tätigkeiten in diesem Zusammenhang, also um die Schweizerische Nationalbank (SNB), die Finanzmarktaufsichtsbehörde (Finma), das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) sowie den Bundesrat (BR). Es gibt eine Vielzahl rechtlicher Fragen, die seitens der PUK gestellt werden sollten. Für mich stehen folgende Fragenkataloge im Vordergrund:

«Die künftige Arbeit der PUK dürfte still, gelassen, diskret und, sorry, vermutlich etwas langweilig abgewickelt werden.»

– Behörden allgemein: Wann wurden welche Vorbereitungen (Notfallpläne etc.) getroffen? Welche Alternativen zu einer Bankenfusion wurden – wenn überhaupt – abgeklärt? Wie wurden Interessenkonflikte von Behördenmitgliedern (sei es als Aktionäre, als Anleihegläubiger oder als Kunden) vermieden?

– Bundesrat: Wie intensiv hielt das Finanzdepartement den Bundesrat auf dem Laufenden? Waren nebst EFD weitere Departemente involviert? Inwiefern wurde Einfluss auf die Schweizerische Nationalbank oder die Finma genommen? Welche Abklärungen zum Notrecht fanden – wenn überhaupt – statt, und wie erfolgte die Interessenabwägung? Wie wurde das Umtauschverhältnis der Bankaktien für die Fusion festgelegt, und wer hat dies seitens des Bundes verhandelt? Haben Bundesjuristen oder externe Rechtsanwälte den Bundesrat beraten?

– SNB: Vertritt die SNB die Meinung, dass die aktuelle Regulierung (Too big to fail) nicht ausreichend ist, und wenn ja, seit wann? Hat die SNB auf entsprechende regulatorische Anpassungen hingewirkt? Wenn nein, warum nicht?

– Finma: Hat die Finma den Eindruck, dass sie von der Credit Suisse «vorgeführt» wurde? Warum hat sie nicht früher auf einen Ausbau ihrer Interventionsmöglichkeiten gedrängt? Welche wettbewerbsrechtlichen Überlegungen stellte die Finma (anstelle der Wettbewerbskommission) an? Weshalb hat die Finma eine Totalabschreibung der AT1-Anleihen verfügt, und was ergaben – wenn überhaupt – die Abklärungen zu möglichen Haftungsrisiken des Bundes? Müsste der Bund mit der UBS «nachverhandeln», wenn Aktionäre oder AT1-Gläubiger gegen die Bank obsiegen?

Die PUK hat keine richterlichen, sondern politische Funktionen. Es sollte niemand mit spektakulären Ergebnissen rechnen. Immerhin könnten die PUK-Erkenntnisse, die in der zweiten Jahreshälfte 2024 vorliegen dürften, Anregungen für die künftige Finanzmarktregulierung vermitteln, nicht allein im Hinblick auf systemrelevante Bankgruppen. Dies erscheint auf den ersten Blick nicht spannend, weder für die Medien noch für das Publikum. Die Bedeutung für unser Land kann indes kaum überschätzt werden. Insofern sollte nicht beanstandet werden, wenn die PUK typisch schweizerisch vorgeht.



Peter V. Kunz ist Professor für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Bern

Bild des Tages



Jetzt lachen sie einem weder überall entgegen: Sonnenblumen. Ein spezielles Exemplar ist diese Sonnenblume mit Smiley-Gesicht. Sie steht in einem Sonnenblumenlabyrinth der kleinen Ortschaft Wes-

terhausen in Sachsen-Anhalt. Auf einer Fläche von mehreren Hektaren hat ein Landwirt ein Sonnenblumenlabyrinth angelegt. Besucher können hier täglich durchlaufen.

Bild: Matthias Bein/DPA

Persönlich

Uncoole Rekorde

Wenig ist uncooler, als sich über die Hitze zu echauffieren. Deshalb soll es hier nicht um die Wetterbedingungen gehen, die uns tagsüber lahmlegen und nächtens wach halten. Sondern um einen Begriff, der mein Gemüt zum Glühen bringt: «Hitzerekord».

Per se sind Rekorde wertungsfrei, ihren Ursprung haben sie im Lateinischen «recordari» (sich erinnern). Doch längst sind sie positiv konnotiert. Schliesslich feiert man Rekorde, man bejubelt sie, strebt sie an. Ab und an spricht man von «traurigen Rekorde», aber selbst da begehrt mein Sprachgefühl auf. Gerne hätte ich ein passenderes Wort. «Höchstwert» klingt zu nüchtern, «Tiefpunkt» ist bei hohen Werten untauglich.

Und so schreibt man (diese Zeitung nicht ausgenommen) weiter von «Hitzerekord» und «Rekordtemperaturen» – selbst dann, wenn im gleichen Artikel besorgte Meteorologen und ächzende Menschen zu Wort sowie geschlossene Touristenattraktionen zur Sprache kommen.

Mehr noch als die beschönigenden Begriffe stört mich die Haltung, dass Hitze nichts Ernstes sei. So hörte ich kürzlich im nationalen Radio ein Moderatorenduo, das sich ab den Temperaturen erfreute: «In den Föhntälern kriegen wir satte 36 Grad.» – «Wow!» – «Und im Mittelmeerraum können's 45 Grad werden.» – «So gut!»

Ich frage: Werden im Radio künftig auch maximale Staulängen so freudig verkündet? Oder hohe Arbeitslosenzahlen? Ich nehme an: Das Radiostudio war eine Spur zu gut klimatisiert.



Stefan Strittmatter
stefan.strittmatter@chmedia.ch

Apropos

Die Armee aus der Üsserschwyz

Im Wallis brennt der Wald, und was macht der CEO der Air Zermatt? Ausrufen! Das habe gerade noch gefehlt, diese Armee aus der Üsserschwyz, die mit eigenen Helikoptern unentgeltlich mithilfe, den Brand zu löschen. Hände weg von Walliser Flammen! Damit darf nur die Air Zermatt Geld verdienen.

Da tut sich für die Eidgenossenschaft ein grosses Sparpotenzial auf. Zunächst für die Armee, die im Wallis künftig weder Brände löschen noch Kriege führen muss. Für die Sicherheit sorgen die Air Zermatt in der Luft und die Eringer Kühe am Boden. Das Ausscheiden des Wallis aus der Eidgenossenschaft bringt auch beim Finanzausgleich Entlastung. Der grösste Empfänger pro Kopf fällt weg. Viola Amherd wird wieder Stadtpräsidentin von Brig-Glis und Rainer Maria Salzgeber übernimmt den Trainerposten beim FC Sion. Eine letzte Frage aber haben wir noch: Hat die Air Zermatt den Brand in Bitsch mittlerweile gelöscht?

Stefan Schmid